Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(An den Festtagen ausgenommen Manuscripte nicht 5 bis 6 Uhr Abends nicht entgegen.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 13,050.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 317. Freitag den 13. November 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Laut Angabe des am 22. Februar 1866 zu Hamm in Westfalen geborenen Schuhmachers **Theodor Kiske** ist dessen in Eisfeld ausgestelltes Arbeitsbuch angeblich in hiesiger Stadt verloren gegangen.

Wir bitten, dasselbe im Auffindungsfalle anher, Obstmarkt Nr. 3, II. Etage (Stadthaus), abliefern zu wollen.

Leipzig, am 7. November 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Reichel.

Bekanntmachung,
die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betr.

Diejenigen Eltern, welche um Aufnahme ihrer Ostern 1886 schulpflichtig werdenden Kinder in die Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben ihre Gesuche **von jetzt ab bis spätestens den 21. dieses Monats** auf dem Rathhause in der Schulexpedition, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr **persönlich** anzubringen und die ihnen vorzulegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig das Zeugniß über das Alter des anzumeldenden Kindes und den Impfschein vorzulegen.

Leipzig, am 7. November 1885.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Vanity. Lehnert.

Der Inhaber des von unserer V. Filiale als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheins über das Sparcassenbuch Serie II Nr. 103871 wird hierdurch aufgefordert, denselben innerhalb drei Monaten und längstens am 15. Februar 1886 an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben oder sein Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger, nach erfolgter Beerdigung seiner Anzeige, das Buch ausgehändigt werden wird.

Leipzig, den 11. November 1885.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Das für den Schlosser Johann Carl Weiß, geboren zu Heinrichs 8. Februar 1866, im April 1880 vom Gemeindevorstand zu Heinrichs ausgestellte **Arbeitsbuch** ist am 17. October 1885 Abends auf dem Wege vom Fleischerplatz bis an das Frankfurter Thor in Leipzig verloren worden.

Im Auffindungsfalle wird um Abgabe des Arbeitsbuches an den Unterzeichneten oder an die Herren Schröder & Comp., Gutschlosserei in Leipzig, Schnitzstraße, ersucht.

Leutzsch, am 11. November 1885. **Der Gemeindevorstand.**
Schmiedt.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Balkanfrage.

Der kurze Bericht über die Montagssitzung der Konstantinopeler Conferenz, welchen uns der Telegraph gestern brachte, ist kurz, aber inhaltsschwer. Die Conferenz erkannte die Rechte des Sultans auf Bulgarien und Ostrumelien an, und England schlug die Einsetzung einer Subcommission vor, um die Wünsche der Rumelier kennen zu lernen. Es ist nicht gesagt, ob die Conferenz diesen Vorschlag angenommen oder abgelehnt hat, aber daß er überhaupt gestellt wurde, zeigt, was von der Conferenz überhaupt zu erwarten ist. Auch daß die Vertreter Europas mit der Prüfung der Rechte der Türkei auf Bulgarien und Ostrumelien die Zeit vergeuden, läßt erkennen, daß sie in großer Verlegenheit sind, was sie eigentlich thun sollen; es fehlt nur noch, daß sie die Frage nach der Existenzberechtigung der Türkei aufwerfen, und daß sie zur Entscheidung derselben auf die Eroberung Konstantinopels zurückgreifen. Daß die Berathungen nicht von der Stelle kommen, liegt hauptsächlich an zwei Hinderungsgründen: Einmal fehlt es auf türkischer Seite an kräftiger Initiative, und zweitens vereitelt England durch seinen der Wiederherstellung des status quo ante feindlichen Standpunct jeden wirklichen Beschluß. Wenn die Conferenz den englischen Antrag annimmt, dann hat sie sich selbst das Urtheil gesprochen, und das lautet dahin, daß sie die Nutzlosigkeit ihrer Berathungen förmlich anerkennt. Da war ja die Botschafterconferenz noch rühriger, sie hat doch wenigstens gleich offen zugestanden, daß sie nur Ansichten äußern und Rathschläge ertheilen wolle, und daß eine europäische Conferenz die Hauptarbeit verrichten werde, nämlich die Beschlußfassung über die Zukunft Bulgariens und Ostrumeliens. Die Türkei will die Entscheidung Europa überlassen, und Europa will der Türkei nicht vorgreifen, das ist die Erklärung für die Unthätigkeit und Entschlußunfähigkeit der Conferenz.

Inzwischen halten die leitenden Staatsmänner von Oesterreich-Ungarn und England große Reden über die Nothwendigkeit, den Frieden auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten, und die Serben und Bulgaren leiten den Kampf, der kaum noch zu vermeiden sein dürfte, durch Zänkereien und Vorpostengefechte ein. Serbien setzt sich dabei auf's hohe Pferd und kritisirt das Verhalten Bulgariens wie der Vorgesetzte die Handlungen seines Untergebenen. Grund zur Kriegserklärung sei genug und übergenug vorhanden, aber Serbien werde sich über den Zeitpunct derselben keine Vorschriften machen lassen, Serbien führe Staatspolitik, Bulgarien dagegen Revolutionspolitik. Angesichts dieser hochtrabenden Erklärungen läßt sich der Gedanke nicht unterdrücken, daß erfahrungsgemäß die lautesten Schreier in der Regel zuerst das Hasenpanier ergreifen, während die besonneneren und thatkräftigen Leute zur rechten Zeit zu handeln pflegen, ohne viele Worte zu machen. Es ist jetzt nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Serben schon seit Wochen die Bulgaren unablässig reizen, um sie ohne Kriegserklärung und wider ihren Willen in einen Kampf zu verwickeln und so die Verantwortung für den Friedensbruch auf die Schultern der Bulgaren abwälzen zu können. Die Bulgaren lassen sich aber dadurch nicht irre machen und warten ihre Zeit ruhig ab. Es ist ein lautes Geheimniß, daß Fürst Alexander mit dem Sultan in Unterhandlung steht, um den Streitfall mit ihm ohne Zuziehung der Conferenz zu erledigen und eine Lösung der Dinge zu schaffen, welche beide Theile befriedigt. Das wäre auch das Vernünftigste; denn da es augenscheinlich nicht ohne Krieg abgehen wird, so erscheint es am zweckmäßigsten, daß Serbien und Bulgarien den Strauß, auf welchen es König Milan abgesehen hat, unter einander ausfechten, ohne Eingriff der Türkei, denn erst durch einen solchen würde die Lage einen gefahrdrohenden Charakter annehmen.

Mit der Wiederherstellung des früheren Zustandes, wie ihn Graf Kalnoky so beredt im Ausschuß der österreichischen Delegation entwickelt hat, ist es unter diesen Umständen nichts, die Centralmächte mit Italien wollen nicht ohne England vorgehen und eine Entscheidung treffen, und es würde wahrscheinlich den in Konstantinopel versammelten Vertretern Europas ein Stein vom Herzen fallen, wenn die türkischen Bevollmächtigten der Conferenz eines Tages die Mittheilung machten, daß sie sich mit dem Fürsten Alexander geeinigt hätten. Dann wäre wenigstens die Möglichkeit gegeben, die Conferenz mit Anstand zu schließen und an Serbien und Griechenland die erneute Mahnung zu richten, daß sie den Frieden nicht leichtsinnig stören sollen. Diese werden sich dann freilich auf den leichtsinnigen Friedensstörer Alexander von Bulgarien berufen; aber wenn sie sehen, daß Türken und Bulgaren einig sind und die europäischen Mächte als müßige Zuschauer die Ereignisse beobachten, dann wird ihr Kriegseifer schnell genug abgekühlt sein. König Milan hofft auf die Absetzung des Fürsten Alexander, um dann unter österreichischem Schutze seine Vergrößerungspläne zu verwirklichen, während Fürst Alexander im Gegentheil der Ansicht zu sein scheint, daß die unvermeidliche Niederlage des kriegslustigen Serbenkönigs diesem den Thron kosten und die Macht Bulgariens erhöhen wird.

Leider besteht keine Sicherheit dafür, daß die Sache so glimpflich abgehen wird, denn bei der auf der Balkanhalbinsel herrschenden allgemeinen Aufregung ist eine Localisirung des von allen Seiten sehnlich begehrten Kampfes gar nicht abzusehen. „Von Belgrad bis Athen steht Alles unter den Waffen", sagt Graf Kalnoky mit Recht, aber er hat unerwähnt gelassen, daß in Adrianopel und Salonichi die türkische Armee concentrirt ist, und daß diese doch Angriffe der Serben und Griechen mit Leichtigkeit zurückweisen kann und wird.

Ueber Das, was Rußland im Schilde führt, ist man lediglich auf Vermuthungen angewiesen, den einzigen Anhaltspunct bildet die von Bulgarien aus verbreitete Nachricht, daß der russische Consul Jzelström in Philippopel die Rumelier zum Abfall vom Fürsten Alexander zu verleiten suchte, aber erfolglos. Rußland ist kaum in der Lage, einseitig Einspruch gegen eine Verständigung zwischen der Türkei mit Bulgarien zu erheben, wenn sie die Zustimmung des übrigen Europa findet; oder aufs Kerbholz wird es den Fall dem Fürsten Alexander sicher schreiben und diesen bei Gelegenheit Rußlands Macht fühlen lassen. Oesterreich trifft bereits schüchterne Vorbereitungen für alle Möglichkeiten, wie aus den Mittheilungen des Reichsministers v. Kallay an den Budgetausschuß der österreichischen Delegation über den Occupationscredit für Bosnien zu ersehen ist. „Die bulgarischen Ereignisse konnten nicht ohne Einfluß auf die Zustände Bosniens bleiben", sagte der Minister, suchte aber den Eindruck dieser Worte sofort wieder dadurch abzuschwächen, daß er Ruhe und Sicherheit in diesem Lande als ungefährdet bezeichnete. Auch von den Wirkungen sprach der Minister, welche die Anwesenheit des Kaisers an der Grenze auf die gesammte Bevölkerung gehabt habe. Eine große, allgemeine Bewegung habe sich in dieser gezeigt, und die Folgen derselben würden in Zukunft noch mehr hervortreten und günstig auf die Gestaltung der Verhältnisse wirken.

Man kann diese Mittheilungen nicht lesen, ohne dabei an die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien zu denken, welcher Balkanstaat gegenwärtig dem Frieden auf der Halbinsel die größten Gefahren bereitet, und an die herbe Kritik, welche Graf Kalnoky an der Handlungsweise des Fürsten von Bulgarien geübt hat. Wenn überhaupt Gebietsveränderungen auf der Balkanhalbinsel in Folge der Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien eintreten, dann wird Oesterreich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, die vorläufigen Zustände in Bosnien und der Herzegowina nebst Novi-Bazar in endgiltige zu verwandeln und seine Machtsphäre womöglich bis Salonichi zu erweitern. Das ist die Gefahr, welche das Duell zwischen Bulgarien und Serbien in Aussicht stellt, aber es wäre zu denken, daß es dem Einfluß Deutschlands gelänge, diesen in der Entwickelung begriffenen Veränderungen einen Riegel vorzuschieben. Daß ein solches Ziel nicht so leicht zu erreichen ist, zeigt ein Blick auf die Conferenz in Konstantinopel. Was Deutschland vermochte, um die Mächte in Bezug auf die ostrumelische Frage zu einigen, ist gewiß geschehen, aber wenn England hartnäckig seine eigene Bahn verfolgt, dann ist freilich alle Mühe, den Frieden zu erhalten, vergeblich. *

Leipzig, 13. November 1885.

* Das Centrum gedenkt nach Mittheilung klerikaler Blätter alsbald nach Beginn der neuen Reichstagssession eine Interpellation über die Giltigkeit des Jesuitengesetzes in den deutschen Schutzgebieten einzubringen. Man muß der Beantwortung dieser Interpellation mit großem Interesse entgegensehen, wird sie doch voraussichtlich weit über den in Rede stehenden Einzelfall hinaus zur Aufklärung und Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses dienen, in welchem die deutschen Colonialgebiete zu dem Mutterlande stehen. In dieser Hinsicht sind noch kaum die ersten Grundfragen beantwortet. Man wird freilich nicht erwarten oder verlangen können, daß bei so neuen und eigenartigen Gebilden, wie es die deutschen Colonialerwerbungen sind, gleich alle Verfassungs- und Rechtsverhältnisse endgiltig festgestellt werden. Die Stellung der Colonien zum Mutterlande muß sich aus sich selbst heraus allmälig entwickeln und wird je nach der Zunahme der Cultur und den fortschreitenden Bedürfnissen im Laufe der Zeit sehr verschiedenartige Gestaltungen annehmen. Von einer einfachen Uebertragung sämmtlicher Gesetze und staatlichen Einrichtungen des deutschen Reichs auf diese Schutzgebiete kann verständiger Weise keine Rede sein. Keine Colonialmacht der Welt hat je daran gedacht. Ebenso wenig aber kann ein Zweifel darüber bestehen, daß Manches von unserer staatlichen Ordnung und Gesetzgebung mit der Zeit auch in unseren Colonien eingeführt werden muß, und da erhebt sich die Grundfrage, wer über die Einführung deutscher Gesetze vorselbst zu entscheiden, ob dies auf dem Wege der ordentlichen Reichsgesetzgebung oder durch kaiserliche Verordnung und einen einfachen Regierungsact zu erfolgen habe. Zur Aufklärung über diese Frage wird die Interpellation über die Giltigkeit des Jesuitengesetzes in den Schutzgebieten beitragen, wie denn überhaupt die Erörterung colonialpolitischer Fragen in der bevorstehenden Reichstagssession voraussichtlich einen breiten Raum einnehmen wird. Es ist recht bezeichnend, daß auch in unsere Colonialpolitik der „Culturkampf" gleich in entscheidender Weise eingreift, und man muß voraussehen, daß das Centrum, welches ohnehin diesen Unternehmungen mit Abneigung oder mindestens großer Zurückhaltung gegenübersteht, seine ferneren Entschließungen wesentlich von der Behandlung dieser Missionsangelegenheit abhängig machen wird. Die „Germania" und andere klerikalen Blätter füllen schon seit Wochen lange Spalten mit dieser Frage, der sie die allerhöchste Bedeutung beilegen. Bis jetzt hat aber die Regierung keine Neigung gezeigt, sich die Jesuiten auf dem Umweg über Kamerun wieder einschmuggeln zu lassen.

* Der Entwurf des Etats des Reichsschatzamts für 1886/87 schließt in den fortdauernden Ausgaben mit 155,534,666 ℳ, also gegen das Vorjahr mit einem Mehr von 54,883,444 ℳ ab. Die darunter enthaltenen Ueberweisungen an die Bundesstaaten belaufen sich aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer auf 128,600,000 ℳ, das sind gegen 1885/86 mehr 43,620,000 ℳ; der Reichsstempelabgaben auf 22,375,000 ℳ, das sind mehr 9,945,000 ℳ, zusammen auf mehr 53,565,000 ℳ. Unter den sonstigen Veränderungen ist hervorzuheben die Erhöhung des kaiserlichen Dispositionsfonds zu Gnadenbewilligungen aller Art von 900,000 ℳ auf 2,400,000 ℳ zur Bestreitung der auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 22. Juli 1884 zu bewilligenden Unterstützungen an nicht pensionsberechtigte Invaliden des Krieges von 1870/71, sowie eine Minderausgabe von 184,996 ℳ bei den Renten-Entschädigungsrenten. Bei den einmaligen Ausgaben, welche mit 7,300,000 ℳ abschließen, ist die 1. Rate des Beitrags des Reichs zu den Kosten des Zollanschlusses Bremens mit 3,000,000 ℳ neu eingestellt. Bei den Einnahmen, welche auf zusammen 200,068 ℳ gegen 68,877 ℳ im Vorjahre veranschlagt sind, wird aus dem Münzwesen und zwar anläßlich der Ausprägung von Einpfennigstücken ein um 128,000 ℳ höherer Gewinn erwartet.

* Aus Kiel, 10. November, wird der „Vossischen Ztg." geschrieben: „Auf der kaiserlichen Werft herrscht schon seit Monaten eine sehr rege Thätigkeit. Es handelt sich insbesondere darum, die sämmtlichen Panzer der Sachsenclasse so weit fertig zu stellen, daß das Stammschiff „Bayern" die Panzer „Sachsen", „Württemberg" und „Baden" in der nächsten Woche in Dienst stellen und mit ihnen das Reservegeschwader bilden kann. Die Schiffe der Sachsenclasse, die früher meistens Ausfallcorvetten genannt wurden, sind in erster Linie für die Ostsee bestimmt; ihr Tiefgang ist bei voller Ausrüstung nur 6 Meter, so daß sie auch im östlichen Theile der Ostsee zu verwenden sind und sowohl Danzig als auch Swinemünde anlaufen können. Die vier Schiffe sind Schwesterschiffe, sie tragen einen Panzer von 40.6 Ctm. und ihre Armirung besteht aus je sechs 26-Centimeter-Ringgeschützen, die in zwei Thürmen zu vier und zwei vertheilt sind und den ganzen Horizont bestreichen können. Die 26-Centimeter-Ringkanone schleudert mit einer Pulverladung von 48 Kilo ein Geschoß von 189 Kilogramm, welches auf 1000 Meter Entfernung noch Panzerplatten von 35 Centimeter Stärke durchbohrt. Die Panzer des Reservegeschwaders sind ferner mit Torpedoschießapparaten und Nordenfelt'schen Revolverkanonen versehen. — Das Panzerschiff „Oldenburg", welches auf der Werft des „Vulcan" gebaut ist und dessen Fertigstellung jetzt so weit fortgeschritten ist, daß die Ueberführung in der nächsten Woche nach Kiel geschehen kann, hat eine stärkere Panzerung als die Schiffe der Sachsenclasse erhalten und wird mit zwölf Geschützen armirt werden. — Es wird bestätigt, daß das ostafrikanische Geschwader unter Contreadmiral Knorr vorläufig bei Zanzibar stationirt bleibt. Die Kreuzerfregatte „Gneisenau", welche 14 Tage am Cap der guten Hoffnung war, ist gestern wieder zu dem Geschwader gestoßen, welches jetzt aus den Kreuzerfregatten „Bismarck" und „Gneisenau", dem Kreuzer „Möwe" und dem Kanonenboot „Hyäne" besteht. Der Anfang nächster Woche von Hamburg nach Zanzibar gehende Dampfer „Zanzibar" wird ein Ablösungs-Commando für die „Hyäne" und auch Mannschaften für die übrigen Schiffe des Geschwaders mitführen. Die abgelösten Mannschaften werden voraussichtlich im nächsten Monat mit dem Tender „Adler" in die Heimath zurückgeführt werden. — Das Seecadettenschulschiff Kreuzerfregatte „Elisabeth", Commandant Capitain z. S. Schering, befindet sich bekanntlich auf der Reise von Zanzibar nach Montevideo. Man vermuthet hier, daß das Schiff bis Ende Februar auf der westamerikanischen Küste stationirt werden wird. Die Rückkehr des Schiffes nach Kiel soll im nächsten Frühling erfolgen und dann die Kreuzerfregatte „Leipzig" als Seecadettenschulschiff in Dienst gestellt werden."

* Die „Kreuzzeitung" verwahrt sich heute energisch gegen den Vorwurf der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", sie habe das Centrum für viel bündnißfähiger für den Conservatismus bezeichnet als die Mittelparteien. Ob das reactionaire Blatt gerade diesen Ausdruck gebraucht hat, ist uns nicht mehr erinnerlich, sachlich aber sind seit Monaten alle Erörterungen der „Kreuzzeitung" über unsere Parteiverhältnisse auf nichts Anderes hinausgelaufen, und es wird der „Norddeutschen" nicht schwer fallen, dafür fast in jeder Nummer Beweise beizubringen. Von Interesse ist uns dabei nur, daß die „Kreuzzeitung" sich, wie es scheint, ihres Verhältnisses zu dem Ultramontanismus etwas zu schämen und den Freund zu verleugnen beginnt. Auf eine dauernde Besserung wird freilich bei dem Fanatismus und beschränkten Gesichtskreis dieses Blattes nicht zu hoffen sein.

* Zu denjenigen preußischen Wahlen, welche mit Sicherheit und wohl auch mit Erfolg werden angefochten werden, gehören diejenigen in Bielefeld und Neuwied. Ueber diese Mandate ist durch eine Stimme Mehrheit, über eines der beiden Mandate von Neuwied sogar durch das Loos entschieden worden und es liegen sehr triftige Einwendungen gegen die Giltigkeit einiger Wahlmännerwahlen vor. Es wäre nur zu wünschen, daß das Abgeordnetenhaus die Prüfung dieser Wahlen recht beschleunigt, damit nicht wieder ganze Sessionen vorübergehen, in welchen Unberechtigte das Mandat ausüben.

* Die Adresse, welche die Universität Göttingen dem Prinzen Albrecht übersandt hat, hat folgenden Wortlaut:

Königliche Hoheit! Gnädigster Prinz und Regent! Ew. königliche Hoheit haben während der Reihe von Jahren, in der das höchste militärische Commando in Ihren Händen liegt, unserer Hochschule, so oft sich zu persönlichen Berührungen Anlaß bot, alle Zeit die huldvollste Theilnahme geschenkt, so daß wir, Protector und Senat der königlichen Georg-August's-Universität, uns gedrungen fühlen, in dem Augenblicke, wo das einstimmige Vertrauen der Landesvertretung die Regentschaft des Herzogthums Braunschweig in Ew. königlichen Hoheit Hände gelegt hat, unsere ehrfurchtsvollsten Huldigungen darzubringen. Seitdem die ehemalige braunschweigische Universität Helmstedt mit der unsrigen vereinigt worden, hat Göttingen die Stelle derselben auch als Landesuniversität für das Herzogthum Braunschweig eingenommen. Die Fürsten, die Behörden, die Bevölkerung Braunschweigs haben diese Beziehungen gepflegt, auch nachdem manche der Bewegungen einer Landes-Universität geschwunden sind; wir empfinden dankbar die mannigfache Förderung, welche dadurch unserer Anstalt und den wissenschaftlichen Bestrebungen so mancher ihrer Mitglieder zu Theil geworden ist, wie wir andererseits hoffen dürfen, daß die vielen Generationen von Braunschweigern es nicht bereuen, ihre wissenschaftliche Ausbildung in Göttingen gesucht zu haben. Königliche Hoheit! Wohl wird eine jede preußische Hochschule mit stolzer Freude und mit zuversichtlichem Vertrauen die Wahrung ihrer Interessen in eines preußischen Prinzen Hände gelegt sehen. Allein die Beziehungen Göttingens zu Braunschweig sind in alten und anderen Zeiten geknüpft; gegenwärtig sind es wesentlich nur Bande der Pietät, welche, begründet in der Dankbarkeit für das, was einst segensreich war, segensreich fortwirken kann, aber welche der Pflege bedarf. Die ehrfurchtsvolle Bitte um diese Pflege richten wir an den Regenten Braunschweigs: Daß es Ew. königliche Hoheit ist, an welche wir sie richten dürfen, verdoppelt unsere Hoffnung auf huldvolle Gewährung. Möge Gott der Allmächtige die Regentschaft Ew. königlichen Hoheit zu einem Segen werden lassen für Ew. königliche Hoheit selbst, für das Herzogthum Braunschweig, für das deutsche Reich, unser geliebtes gemeinsames Vaterland, und möge von diesem Segen ihr beschiedenes Theil auch unserer Hochschule zufallen. Ew. königlichen Hoheit ehrerbietigster Protector und Senat königl. Georg-August's-Universität (gez.) C. Klein.

* Die nationalpolnische Agitation in den östlichen Grenzprovinzen erklärt nun auch die Mischehen in Acht und Bann. Der „Kuryer Poznanski" weist auf die großen Gefahren hin, welche seiner Meinung nach die Mischehen zwischen Deutschen und Polen für die katholische Religion und die polnische Nationalität im Gefolge haben, und warnt die Polen dringend vor solchen. — Auch der Abzug von Arbeitern polnischen Stammes nach den westdeutschen Industriebezirken paßt den Agitatoren wenig in ihren Kram, weil sie von dem längern Aufenthalt der Leute in reindeutscher Umgebung das Eindringen germanisirender Tendenzen besorgen. Wie bedeutend die Wanderung polnischer Arbeiter nach Westdeutschland übrigens ist, geht aus den ziffermäßigen Angaben der nationalpolnischen Presse hervor, welche die Zahl der polnischen Arbeiter, die Jahr aus Jahr ein in den westfälischen und elsässischen Fabriken beschäftigt sind, für Westfalen auf 50,000, für Elsaß auf 2000 angiebt. Die bei Weitem größere Zahl dieser Arbeiter stammt aus Posen und Oberschlesien.

* * *

* Aus dem Budgetausschuß der österreichischen Delegation wird heute ausführlicher vom 11. d. M. aus Wien gemeldet: „Bei der Berathung über den Occupationscredit für Bosnien und die Herzegowina theilte der Delegirte Chlumetzky seine Wahrnehmungen während einer Bereisung der occupirten Länder mit. Er richtete sodann die Anfrage an die gemeinsame Regierung, ob die Zustände daselbst auch gegenwärtig ungeachtet der Bewegung auf der Balkanhalbinsel befriedigend seien. Mattusch verlangte Aufklärungen über die in den occupirten Ländern vereinzelt aufgetretenen Räuberbanden. Der Minister Baron Kallay legte in seiner Erwiderung die jetzige Situation in den occupirten Ländern eingehend dar und bemerkte: Die bulgarischen Ereignisse hätten ihre Rückwirkung durch Serbien bis zur bosnischen Grenze fühlbar gemacht und hätten auch auf die Zustände in Bosnien nicht ohne Einfluß bleiben können. Dessen ungeachtet könne er versichern, daß Bosnien auch heute so vollständig ruhig sei, wie es der Delegirte Chlumetzky im Laufe dieses Sommers gesehen habe und es seien keine Anzeichen vorhanden, daß dieser befriedigende Zustand nach irgend welcher Richtung gestört werden dürfte. Der Minister versicherte, er unterrichte sich unausgesetzt über den Zustand in diesen Ländern und er werde sich durch Nichts überraschen lassen. Er constatirte, daß im Allgemeinen sich die öffentliche Sicherheit daselbst von Jahr zu Jahre entschieden bessere. Dies liefere den sichersten Beweis für die Consolidirung der Verhältnisse in diesen Ländern. Der Minister erinnerte daran, daß bei der Kunde von der Ankunft des Kaisers an der bosnischen Grenze eine große allgemeine Bewegung der Bevölkerung sich manifestirte, indem dieselbe an die Grenze eilte, um den Kaiser zu sehen. Die Bewegung war eine so starke, daß die Behörden nicht fördernd, sondern eindämmend wirken mußten, wenn nicht eine förmliche Völkerwanderung eintreten sollte. Der Eindruck, den die vor dem Kaiser erschienenen Deputationen von ihrem Empfange mitgenommen, sei ein mächtiger gewesen; derselbe wirke noch in den Ländern fort und werde gewiß auch für die Zukunft sehr gute Folgen haben. Der Minister erörterte sodann eingehend die wirthschaftlichen und commerziellen Verhältnisse der occupirten Länder, indem er im Allgemeinen die Ausführungen, welche er in der Sitzung der ungarischen Delegation gemacht hat, wiederholte. Der Occupationscredit pro 1886 wurde danach in der Specialdebatte bewilligt. Die nächste Sitzung findet am Freitag Abend statt."

* In Folge der Anarchisten-Untersuchung steht in der Schweiz eine strengere Handhabung der Fremdenpolizei in Aussicht. In Bezug hierauf heißt es in der Botschaft des Bundesraths zum Budget für 1886: „Die veränderten Verhältnisse, welche durch neuere Erscheinungen den Bundesbehörden aufgedrängt sind, erfordern ganz besonders eine vermehrte Thätigkeit von noch unvorhergesehenem und noch unbestimmbarem Umfange. Für das Jahr 1885 werden 25—30,000 Frcs. nöthig sein."

* Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, wurde die letzte Rate des ostrumelischen Zollpauschales in Konstantinopel am Vorabende der Revolution, am 17. September, bezahlt. Die nächste Rate sollte am 17. October bezahlt werden, ohne daß dies bisher geschehen wäre. Die Filiale der Ottoman-Bank in Philippopel brachte die fällige Rate, um allen Formalitäten zu genügen, der provisorischen Regierung in Erinnerung. Der Verwaltungsrath der öffentlichen Schuld, welcher nie in directen Beziehungen zur ostrumelischen Regierung gestanden hat, wendete sich mit einer Anzeige der